



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/74 - 28. März 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 039 690

Hinweise

auf den Inhalt:

Unerfreuliche Osterbotschaft der Regierung	S. 1
Dulles und das Punkt IV-Programm	S. 3
Fehlansprüche und Fehldeutungen in der CDU	S. 4
Aus der Minierarbeit gegen Dehler	S. 6

Totengeläut für den sozialen Wohnungsbau

FB. Der Bundestag wird sich nach der Osterpause u.a. auch mit der zweiten und dritten Beratung eines zweiten Bundeswohnungsbaugesetzes befassen müssen. Die SPD wird diesem Gesetz, falls in der Beratung im Plenum nicht entscheidende Änderungen vorgenommen werden, ihre Zustimmung versagen müssen, denn dieses zweite Wohnungsbaugesetz ist eine der schwersten Gefahren für den sozialen Wohnungsbau.

Es soll durchaus nicht verkannt werden, dass es der SPD bei ihrem hartnäckigen Kampf in den Ausschüssen gelungen ist, dem zweiten Wohnungsbaugesetz einige der gefährlichsten Giftzähne auszubrechen. Das bezieht sich vor allem auf die sogenannte geplante Einführung der "Kostenmiete", die Mietpreissteigerungen bis zu einem Quadratmeterpreis von DM 2,20 mit sich gebracht hätte. Aber auch die gefundene und gegen die Stimmen der SPD angenommene Formulierung der sogenannten zulässigen Miete ist nicht frei von Gefahren. Diese zulässige Miete soll im öffentlich geförderten Wohnungsbau die laufenden Aufwendungen decken und sie muss von der Bewilligungsstelle, die die öffentlichen Mittel vergibt, dem Bauherrn als Durchschnittsmiete genehmigt werden. Gegenüber der ursprünglichen Formulierung der Kostenmiete ist hier sicherlich durch das Genehmigungsverfahren ein Riegel für Mietpreisspekulationen vorgeschoben worden. Trotzdem ist die Gefahr erheblicher Mietpreissteigerungen im sozialen Wohnungsbau nicht gebannt, denn der Antrag der SPD, die sogenannte zulässige Miete mit

einer Obergrenze von DM. 1,43 pro qm zu versehen, fand keine Mehrheit. Die Ablehnung dieses Antrages ist umso unverständlicher, als der Bundeswohnungsbauminister versicherte, die Bundesregierung werde durch Rechtsverordnung die Miete mit maximal DM. 1,43 pro qm festlegen. Unter diesen Umständen darf der Minister nicht erwarten, dass man seiner Versicherung vor der Presse unbedingt Glauben schenkt.

Ähnlich unbefriedigend ist die Regelung über die Miet- und Lastenbeihilfen. Schon allein die Festlegung der tragbaren Mietbelastung ist alles andere als sozial. Man mutet einer 4-köpfigen Familie mit einem Brutto-Einkommen von monatlich DM. 300.-- zu, DM 45.-- als tragbare Miete zu bezahlen. Noch schlimmer aber ist, dass diese Mietbeihilfe ausschliesslich aus den Mitteln bezahlt werden soll, die den Ländern für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stehen. Der Bund will also auf der einen Seite die Mieten unsozial erhöhen, und die dann nicht tragbaren Belastungen für die sozialschwachen Schichten von den Ländern bezahlen lassen, deren Leistung für den sozialen Wohnungsbau dadurch zwangsläufig geschmälert werden müsste.

Eine weitere Gefahr für den sozialen Wohnungsbau ergibt sich aus der Dotierung des Wohnungsbaufonds. Die Koalitionsparteien haben zwar einen sozialdemokratischen Antrag in unzulänglicher Form aufgegriffen und die Ansätze für die Mittel des sozialen Wohnungsbaues auf DM. 700 Mio. jährlich (bisher DM. 500 Mio) erhöht. Diese Summe ist absolut unzureichend, - ganz abgesehen davon, dass sie erst ab 1957 Gültigkeit haben soll und so 1956 eine empfindliche Finanzierungslücke eintritt - , allein wenn man berücksichtigt, dass die Baukosten sich seit 1949 um 40 % im Schnitt verteuert haben. Von diesen DM. 700 Mio., die sich ab 1958 sogar jährlich um 70 Mio. DM. vermindern, gehen aber noch die Wohnungsbausparprämien, die Familienzusatzdarlehen und zu einem Teil die Mietbeihilfen ab, die insgesamt mit rd. 150 Mio DM. anzusetzen sind. Effektiv werden also für den sozialen Wohnungsbau 1956 nur DM. 425 Mio DM zur Verfügung stehen, denn von der erwähnten 150 Mio sind bei einem Inkrafttreten des zweiten Wohnungsbaugesetzes am 1. Juli rund 75 Mio DM abzusetzen. 1957

beläuft sich die Summe auf 550 Mio DM. 1958 stehen dann nur noch 480 Mio DM. zur Verfügung.

Die SPD wird daher auf ihrem Antrag, jährlich 1 Mrd. für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen, beharren, denn nur bei dieser Summe wird es möglich sein, jede Wohnungsnot bis 1962/63 zu beseitigen. Die unzureichenden Mittel, die die Regierung und Koalition bereitstellen wollen, werden aber dazu führen, dass noch etwa 12 bis 14 Jahre erforderlich sind, um die Wohnungsnot zu bannen.

Grosse Bedenken erregen die Bestimmungen, die vorsehen, dass bei der Vergabe der öffentlichen Mittel der Bau von besseren Eigenheimen den Vorrang vor der Wohnungsversorgung der Bevölkerung mit geringem Einkommen haben soll. Nichts gegen den Eigenheimbau, den die SPD fördern will, aber man muss sich vor Augen halten, dass 86 % aller heute noch Wohnungssuchenden monatliche Einkünfte unter DM 400.-- und 60 % monatliche Einkünfte unter DM 300.-- haben. Diese Wohnungssuchenden sind auf die billige, in der Grösse ausreichende und gut ausgestattete Mietwohnung angewiesen. Sie haben nicht die Mittel, die auch nach den neuen Bestimmungen zum Bau eines Eigenheimes erforderlich sind, so dass die SPD auch hier auf ihrem im Ausschuss abgegebenen Antrag beharren wird, dass 75 % der öffentlichen Mittel für den Wohnungsbau den Personen zugute kommen, die bis zu einem monatlichen Einkommen von DM 500.-- plus Familienzuschläge verfügen.

Die SPD hat nicht den Kampf gegen diese unsozialen Bestimmungen, die im Ausschuss beschlossen worden sind, aufgegeben. Sie wird im Plenum alles tun, um dieses Gesetz noch zu verbessern. Ein Gesetz, das das Totengeläut für den sozialen Wohnungsbau bedeutet, wird ihre Zustimmung nicht finden. Das erste Wohnungsbaugesetz wurde einstimmig von allen Parteien im ersten Deutschen Bundestag gebilligt. Es ist nun an der CDU und der Bundesregierung, zu überlegen, ob dieses Gemeinschaftswerk durch das zweite Wohnungsbaugesetz zerstört werden soll.

Unentwickelte Hilfe an unentwickelte Gebiete

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Staatssekretär Dulles ist mit der Erkenntnis von seiner Asienreise zurückgekehrt, die Amerikaner müssten Asien gegenüber eine neue Haltung einnehmen. Er erwähnte dabei besonders die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Hilfe an die asiatischen Völker, und zwar einer Hilfe, die an keinerlei politische Bedingungen geknüpft sein dürfe. Dulles appellierte sogar an die amerikanische Jugend, sich für dieses Hilfsprogramm einzusetzen und dabei mitzuwirken, und er ging so weit, zu betonen, dass ohne diese Hilfe die Gefahr einer Bolschewisierung Asiens bestehe.

Obgleich jedoch schon seit Jahren über diese Hilfe geredet wird, ist praktisch noch nichts Wesentliches geschehen und man muss geradezu von einer unentwickelten Hilfe für die unentwickelten Gebiete sprechen. Der Westen - und insbesondere Staatssekretär Dulles - war demassen in seinem Aufrüstungs- und Militärpakt-Denken festgefahren, dass er es in bezug auf die Wirtschaftshilfe an die unentwickelten - und d.h. politisch an die von der Bolschewisierung bedröhten Gebiete - nur zu schönen Worten und leeren Versprechen brachte. Ob die Asienreise Dulles' in dieser Hinsicht einen Wendepunkt bedeutet, bleibt abzuwarten. Man hat einige Gründe, skeptisch zu sein, nannte Dulles doch, als er die Gebiete aufzählte, an die man bei dieser Hilfsaktion ganz besonders denken müsse, zunächst wiederum die Rüstungshilfe....

Vielleicht hat das russische Düsen-Passagierflugzeug, mit dem "Serow der Schreckliche" in dreieinhalb Stunden von Moskau nach London flog, denjenigen Kreisen zu denken gegeben, die sich die Sowjetrussen immer noch als eine Art Tartaren mit dem Messer zwischen den Zähnen vorstellen. Kein Zweifel: die Sowjetunion ist daran, den Westen auf technischem Gebiete einzuholen, wenn nicht gar zu überflügeln. Die "Rubel-Offensive", mit der Moskau - gerade auch in Asien - wirtschaftlich zu erreichen hofft, was ihm politisch bisher noch nicht gelang, ist durchaus ernst zu nehmen. Im Gegensatz zur bisherigen "big business"-Praxis der Amerikaner ist Moskau so klug, keinerlei politische Bedingungen an die von ihm offerierte Hilfe zu knüpfen: die Länder, die sowjetische Hilfe erhalten wollen, brauchen keineswegs in den Ostblock einzutreten und sie müssen sich nicht verpflichten, die Verwendung der Hilfsgelder durch sowjetische Beauftragte kontrollieren zu lassen. Natürlich ist

diese russische Hilfs-Offensive Teil eines grossen politischen Planes, aber dasselbe Moskau, das in stande ist, Satellitenstaaten brutal zu unterjochen, kann sich auch liberaler als die Liberalen gebärden, falls es hoffen darf, seine Ziele dadurch eher zu erreichen.

Es scheint nicht, dass die verantwortlichen Staatsmänner im Westen die Gefahr, die dem Westen von dieser Seite her droht, voll erkennen. Noch immer und trotz der wahrlich trüben Erfahrungen mit Bagdapat und SEATO dominiert das Militärpaktendenken, und es wäre beinahe ein biblisches Wunder, wenn Dulles in Asien wirklich zu einem Paulus geworden wäre. In einer Zeit, da so schrecklich viel vom abendländischen Geiste die Rede ist, täte übrigens eine grundlegend andere Einstellung zu Asien Not: eine Einstellung echter Freundschaft und Hilfsbereitschaft, die den asiatischen Völkern selbst helfen und nicht nur den kommunistischen Teufel mit dem Dollar-Beelzebub austreiben will.

* * *

"Die Freiheit gehört nicht einer Partei"

U.I. Diese Überschrift zielt einen Aufsatz, den der Bundesgeschäftsführer der CDU, Dr. Bruno Heck, kürzlich in der Zeitschrift "CIVIS" veröffentlicht hat. Heck setzt sich darin mit einer Kritik auseinander, die der liberale Professor Erbe in der "Stuttgarter Zeitung" an der CDU geübt hatte. Dr. Heck schreibt: "Professor Erbe irrt sich, wenn er uns, die Christlich-Demokratische Union, und die Sozialdemokraten als dogmatisch gebundene Weltanschauungsparteien freiheitlich disqualifiziert. Wir unterscheiden uns lediglich darin, was wir der menschlichen Freiheit oder den sozialen Fähigkeiten der Menschen zutrauen".

Der Leser ist geneigt, aus dieser Bemerkung zu schliessen, die christlichen Demokraten hätten ein grösseres Zutrauen zum Menschen als die Sozialisten. Das ist indessen mitnichten der Fall. Hören wir weiter, was Dr. Heck über den Sozialismus zu sagen hat: "Es entspricht der Erfahrung, dass der Mensch, sobald er in sozialistischer Form einseitig auf die Gesellschaft hin organisiert wird, als Individuum rebelliert, dessen Kräfte und Fähigkeiten dann über das notwendige und erträgliche Mass von den Forderungen der Gesellschaft her beschränkt, gelenkt und gelähmt werden". Man fragt sich, woher Bruno

Heck diese "Einsicht" entlehrt, denn das Gegenteil seiner These ist richtig. Die sozialistische Ordnung der Gesellschaft schafft und sichert gerade die Voraussetzungen zu einer freien Entfaltung des Einzelnen. Der sozialistischen Zielsetzung die Absicht einer Einschränkung der individuellen Freiheit zu unterstellen, ist ungerechtfertigt und verhindert es geradezu, "verhärtete Missverständnisse aufzulockern und fiktive Gegensätzlichkeiten zu beseitigen...." wie Heck an anderer Stelle richtig fördert.

Ebenso merkwürdig ist es, wenn Heck schreibt: "Wir lehnen die Sozialisierung ab, weil sie dem Menschen gefährdet und nicht nur, weil sie die Wirtschaft unproduktiv macht". Selbstverständlich läßt sich sehr viel Richtiges gegen eine Staatssozialisierung sagen, aber ist damit auch schon die Antwort gegeben auf die Frage, ob nicht andere Formen der gesellschaftlichen Eigentumsbildung mit Sinn erwogen werden können? Auf welche Weise soll denn die Monopolisierung und politische Machtballung in der Schwerindustrie überwunden werden? Und schliesslich: Glaubt Dr. Heck wirklich noch an die Erzählung von der persönlichen Freiheit des Unternehmers in dieser Weltwirtschaft in der die Herrschaft längst auf anonyme Kapitalgruppen und anwesende Manager übergegangen ist? Wenn man etwas für die Freiheit des Staatsbürgers tun will, dann bietet sich hier ein ichtonisches Ziel.

Interessant sind auch die Bemerkungen über die Position der CDU im Grundsätzlichen. Bruno Heck meint, niemand behauptet, dass man Antworten auf politische Fragen, die Zweckmäßigkeitfragen sind, direkt aus der christlichen Offenbarung ableiten könne". Wir stimmen ihm darin zu, aber Hand auf's Herz: Was würde geschehen, wenn die der CDU nahestehenden Pfarrer und die Redner der christlichen Demokraten diese These den Wählern in schlechtem Deutsch klarmachen würden? Warum belässt man Millionen von christlichen Menschen in dem Glauben, die CDU habe eben doch einen unmittelbaren Zugang zum Ratschluß Gottes? Warum sagt man nicht, wie Heck es tut, dass es "keine spezifisch christliche Form politischer Verwirklichung des Reiches Gottes" gibt? Heck weise sehr wohl, warum er dafür kaum die Zustimmung seiner Parteifreunde finden dürfte, denn er gerät selbst in die Nähe der "Abendländischen Aktion", wenn er sagt, "dass niemand Macht zusteht, die über"

28. 3. 1956

nicht von oben gegeben wäre". Das ist als Aussage eines einzelnen Christen eine legitime Antwort, aber in einer weltanschaulich differenzierten Gesellschaft wie der unseren wird sie in dem Augenblick gefährlich, wenn man sie zur Formel für alle machen will.

Peinlich wirkt die Anmerkung Hecks, die CDU sei die einzige Partei, die "mit Recht von sich sagen kann, dass sie die grosse deutsche Volkspartei geworden ist, die verhindert hat, dass der Staat zum Tummelfeld der einzelnen Interessengruppen geworden ist". Wenn dieser Satz überhaupt einen Sinn haben soll, dann doch den, dass alle anderen politischen Gruppierungen ausser der CDU als Interessengruppen bezeichnet werden. Muss man Dr. Heck an die Überschrift seines Aufsatzes erinnern?

+ + +

Geheimnisvoller Mittelsmann

sr. Die Ministerarbeit gegen Dehlers Wiederwahl zum Vorsitzenden der FDP geht munter weiter. Sie wird von seinen Gegnern in der Demokratischen Arbeitsgemeinschaft umso eifriger betrieben, als selbst in Kreise seiner Freunde offenbar manche Unklarheit darüber besteht, wie man sich die politische Potenz und zweifelsfrei vorhandene Anziehungskraft des eigenwilligen Franken für die Sache der FDP sichern, sich aber gleichzeitig vor seinen allzu überraschenden, manchmal recht unbequemen Eskapaden schützen kann.

Der letzte Vorstoss dieser Art war die massive Behauptung des früheren Fraktionskollegen Dehlers, des Bundesministers Preusker, Dehler habe Adenauer versprochen, beleidigende Äusserungen zurückzunehmen, die Rückkehr der 16 Rebellen zu ermöglichen, sich für eine Aufhebung der Düsseldorfer Koalition zwischen SPD und FDP einzusetzen und angeboten, zu Besprechungen hierüber dem Kanzler an dessen Urlaubsorten zu folgen. Wie man sieht, ein handfestes Kapitulationsangebot, das durch die angebliche Bereitschaft Dehlers, damit auch noch dem Kanzler in die Schweiz nachzureisen, ein besonders peinliches Ansehen bekommen sollte.

Es hat sich schnell herausgestellt, was an dieser, von - 7 -

einigen Zeitungen gross aufgemachten "story" ist. Der Kanzler wie Dehler bestreiten, einen Mittelsmann, von dem in den Meldungen die Rede ist, beauftragt zu haben, bei der anderen Seite sozusagen wegen Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen vorzufühlen. Dieser Mittelsmann, ein Herr Schumacher-Helmholdt, ist Mitglied der FDP seit ihrer Gründungszeit in Nordrhein-Westfalen und gleichzeitig, schon aus der Zeit des Parlamentarischen Rates, in gutem persönlichen Kontakt zu Adenauer. Fest steht, dass Dehler die telefonische Anfrage dieses Mittelmannes, die ihn in Wimpfen erreichte, und die wissen wollte, ob er bereit sei, dem Kanzler noch vor der Abreise in den Urlaub zu sprechen, abschlägig beschieden hat. Ob der Mittelsmann diese Frage ganz aus eigener Initiative gestellt hat oder auf einen Wink aus der unmittelbaren Umgebung des Kanzlers - Herr Globke ist ein Fachmann für solche indirekten Aktionen - lässt sich natürlich schwer beweisen.

Dabei muss auch von Bedingungen die Rede gewesen sein. Die Korrespondenz der Freien Demokraten erklärte dazu, die Zumutung, Äusserungen, die der Kanzler für beleidigend hält, zurückzunehmen, sei an Dehler erst gar nicht gerichtet worden. Zwei andere Bedingungen - Wiederaufnahme der 16 Abtrünnigen in die Bundestagsfraktion und Beendigung der Düsseldorfer Koalition mit der SPD - wurden abgelehnt.

So stellt sich das Ganze nicht, was Brauskers Darstellung offenbar bezwecken sollte, als eine Anbiederung Dehlers an den Kanzler, sondern viel eher umgekehrt als der Versuch Adenauers der, noch schnell vor seinem Frühjahrsurlaub den schlechten Eindruck der Serie seiner eklatanten Misserfolge in der letzten Zeit durch einen Überraschungscoup auszugleichen. Der Versuch ist gescheitert.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau